

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Korrespondenz  
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 6.

Dienstag, 8. Januar 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla, des Hauptpostamtes, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 60 Pf. Karger-Konten für die Nummern des Ausgabepostes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Ränger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rahnentstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung,

### die Setzung von Flurgrenzsteinen betreffend.

Wie die Königl. Amtshauptmannschaft in Erfahrung gebracht hat, sind im hiesigen Bezirke die Fälle verhältnismäßig häufig, daß die Grenzen zwischen den einzelnen Gemeinde- und beziehentlich Gutsbezirken streckenweise auf der Mitte der öffentlichen Fahrwege hin laufen, sowie ferner daß die Flurgrenzen in geringen Entfernungen von einander wiederholt die Wege schneiden.

In allen diesen Fällen würde sich nach dem Erlasse vom 5. November vorigen Jahres — No. 259 dieses Blattes — die Setzung von Flurgrenzsteinen an jeder einzelnen Stelle

nötig machen, wo die Flurgrenzen an den öffentlichen Weg herantreten, beziehentlich denselben schneiden.

Um jedoch den hierdurch entstehenden größeren Kostenaufwand den beteiligten Gemeinde- und Gutsbezirken zu ersparen, genehmigt die Königl. Amtshauptmannschaft, daß in den gedachten Fällen überall da, wo zwischen den aneinander angrenzenden Gemeinde- und beziehentlich Gutsbezirken im Interesse des Begebaues eine Quertheilung des Weges bezüglich der Unterhaltung desselben vereinbart ist, die Flurgrenzsteine immer nur an denjenigen Stellen der Wege gesetzt werden, wo die von den Beteiligten je zur Unterhaltung übernommenen Wegestrecken aneinander grenzen.

Großenhain, den 7. Januar 1895.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.  
v. Wilski.

46 C.

In.

## Lauesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Der „Reichsanzeiger“ ist betreffs der in der deutschen Presse mehrfach laut gewordenen Klagen deutscher Kolonisten Syriens über angebliche Vergewaltigung seitens der türkischen Behörden, die zu Angriffen auf das Auswärtige Amt Anlaß gaben, in den Stand gesetzt, den Sachverhalt mitzuteilen. Es geht daraus hervor, daß die deutsche Botschaft in Konstantinopel als die einzige aller dortigen fremden Vertretungen bei der Ordnung der Grundbesitzverhältnisse in Syrien sich der Landsteuere angenommen und nach ununterbrochenen Bemühungen im März 1893 durchgesetzt hat, daß der türkische Ministerrat beschloß, die Besitztitel über freies Eigentum als gültig anzuerkennen, wenn die Erwerbung und Umschreibung auf Grund eines bereits vorhandenen Besitztitels über freies Eigentum erfolgt. Auf erneute Klagen der Kolonisten wurde in Folge eines neuerlichen Beschlusses des türkischen Ministerrates eine Kommission zur endgültigen Regelung der Grundbesitzverhältnisse von Jassa an Ort und Stelle zur Steuerentnahme des Grundbesitzes entsandt. Der „Reichsanzeiger“ kommt zu dem Schluß, daß das Auswärtige Amt seit Jahren erfolgreich bemüht sei, den berechtigten Klagen der Kolonisten bei der türkischen Regierung Gehör zu verschaffen. Die kaiserliche Botschaft in Konstantinopel habe voll ihre Pflicht gethan und werde auch ferner die Angelegenheit im Auge behalten.

Der Reichstag hat seine Sitzungen wieder aufgenommen und zwar stand auf der Tagesordnung die Fortsetzung der ersten Beratung der sogenannten Umsturzvorlage. Die Vorsitzenden der Fraktionen haben an deren Mitglieder die Aufforderung gerichtet, sich zu dieser Sitzung einzufinden. Es darf danach darauf gerechnet werden, daß die Ziffer der Beschlußfähigkeit erreicht wird. Für die erste Lesung sind 3 Tage in Aussicht genommen.

Durch kaiserliche Verordnung vom 31. Dezember ist auf Grund des § 6 der Reichsgewerbeordnung bestimmt worden, daß Serum antidiphthericum (Diphtherieserum) denjenigen Drogen und chemischen Präparaten hinzutritt, welche nach der Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden dürfen.

**Frankreich.** Nach einer Meldung der „Börs. Ztg.“ aus Paris erregt die Abberufung des italienischen Botschafters Richmann großes Aufsehen. Manche Blätter verbreiten das Gerücht, Richmann werde in Rom für die Feindseligkeit der hiesigen Blätter gegen Crispi verantwortlich gemacht. Dies sei um so thöricht, als Richmann stets Crispi's Vertrauensmann war. Die Rückkehr Hanoteaux nach Paris scheint nicht mit Richmann's Abreise, sondern mit der Kongo-angelegenheit zusammenzuhängen.

**Bulgarien.** Der Gang der Dinge in Bulgarien muß die leitenden Kreise Oesterreich-Ungarns mit Mißbehagen erfüllen, denn unverkennbar lenkt der Fürst trotz mancher Inkonsequenzen noch mehr als seine Regierung in das Fahrwasser der russischen Politik ein und reißt die letzten Schranken nieder, welche ihn noch von der russensfreundlichen Partei trennen. Selbst Dragan Jankow, dem alten Verschwörer, ist durch den Amnestieakt der Stupischina die Rückkehr in sein Vaterland ermöglicht, und er findet sich sofort an der Spitze einer einflußreichen Partei, deren leitende Mitglieder sogar im Cabinet Stoulow Platz gefunden haben. In diesem Zusammenhang der Dinge erhält der Prozeß, welcher Stambulow gemacht werden soll — Stambulow gilt mit Recht als Freund Oesterreich-Ungarns, und er erhielt auch

vom Kaiser Franz Joseph und Kalmay zahlreiche Zeichen der Anerkennung und Zustimmung — seine eigentümliche Bedeutung. Mit den Gegnern des vielgehaßten Mannes, welche jetzt Rache an ihm nehmen wollen, verbindet sich Fürst Ferdinand, der es für einen Akt der Staatsklugheit hält, den Todfeind Rußlands unschädlich zu machen. Vielleicht ist dieser Akt der Verfolgung gegen Stambulow ein Pfand der Unterwürfigkeit, welches die russische Politik vom Fürsten Ferdinand verlangt. Ueberhaupt ist die Zeit zu Ende, da Rußland auf der Balkanhalbinsel schwach und matt gesetzt war durch die Fehler seiner Staatsmänner; Nikolaus II. wird durch sein kluges Vorgehen, durch die Neutralität, welche er vorerst dem Fürsten Ferdinand entgegenbringt, den Einfluß auf dem Balkan, speziell in Bulgarien, nach und nach wiedergewinnen, dessen sein Vater sich begeben hätte. Man blickt, wie gesagt, im Auswärtigen Amt in Wien nicht ohne Sorge auf den Szenenwechsel in Sofia. Schon macht sich die russenfreundliche Strömung in Bulgarien geltend in Zollmaßregeln, welche sich unmittelbar gegen die österreichische Einfuhr richten. Nachdem die österreichisch-ungarische Industrie in Folge der Ausschließung des rumänischen Viehes den rumänischen Markt verloren hatte, fand sie nahezu Ersatz hierfür in den fruchtbaren Thälern im Norden und Süden des Balkans; sie würde einen Rückschlag durch feindselige Maßregeln Bulgariens schwer empfinden. Man verzagt es in Wien dem Fürsten Ferdinand, daß er, der in den Jahren schwerer Prüfung, als er schutzlos und verlassen dastand, in Oesterreich-Ungarn eine Anlehnung suchte und fand, sich jetzt sofort von seinem alten Gönner abwendet. Er treibt die Staatselbstsucht, welche man schließlich keinem Politiker verargen kann, doch etwas zu weit, indem er sich über die Verwendung Oesterreich-Ungarns für Stambulow rücksichtslos hinwegsetzt und sich den alten Gegnern der habsburgischen Monarchie in Bulgarien ohne Förmern anschließt.

**Amerika.** Aus Washington verlautet, daß die französische Regierung Verwahrung eingelegt hat gegen die im vorigen Sommer stattgehabte Anwesenheit von ärztlichen amerikanischen Inspektoren in mehreren Häfen Europas, die ohne vorheriges Uebereinkommen mit der betreffenden Regierung damit beauftragt waren, die für die Vereinigten Staaten bestimmten Schiffe zu untersuchen. Das Deutsche Reich, welches übereinstimmend mit Frankreich und den übrigen Mächten eine derartige Einrichtung vom Gesichtspunkte des internationalen Rechts für unzulässig erachtet, hat ebenfalls gegen die Einrichtung protestirt und seine Vorbehalte gemacht.

## Deutliches und Sächsisches.

Rie sa, 8. Januar 1895.

— Nach dem „Dresdner Journal“ wird mit Ende des Monats März dieses Jahres Sr. Excellenz der Staatsminister und Minister der Finanzen, Herr von Thämmel, aus seinem Amte ausscheiden und Sr. Excellenz der Wirkl. Geh. Rath, Oberhofmeister Ihrer Majestät der Königin und Königl. Kämmerer, Herr v. Weydow, das Departement der Finanzen übertragen erhalten.

— Die vorgestern stattgefundene Generalversammlung des Gesangsvereins „Amphion“ beschloß, während der heurigen Carnevalszeit einen Maskenball abzuhalten.

— Der vorgestrige Sonntag war durch prächtiges Winterwetter ausgezeichnet und mit vollen Jagen konnte man die Freuden, die der Winter bietet, genießen. Die Schlittenbahn war gut, theilweis ausgezeichnet, und es herrschte in Folge dessen denn auch auf den Straßen ein reger Schlittendortehr.

— Auf der Eisbahn im Stadtpark tummelten sich die zahlreichen Verehrer des Schlittschuhsports. Vieß auch hier die Bahn noch zu wünschen übrig, so war man doch froh, daß man endlich Gelegenheit hatte, die Freuden des gesunden Sports genießen zu können. — Morgen Abend wird auf der Bahn, die übrigens inzwischen sehr verbessert worden ist, sogen. „Petersburger Nacht“ mit Concert abgehalten, worauf wir auch an dieser Stelle noch aufmerksam machen wollen.

— In Jacobsthal hatte der 61 Jahre alte Wirtschaftsbefitzer Ruzsich beim Abladen von Getreidegarben das Unglück, von der Pansse auf die Tenne zu stürzen und dabei ein Achselbein und mehrere Rippen zu brechen.

— Die am Freitag Abend 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathhauses stattgefundene gemeinschaftliche Sitzung beider städtischer Kollegien wurde eröffnet und geleitet von Herrn Bürgermeister Köpfer. Vom Rathskollegium waren erschienen die Herren Stadträte Schwarzberg, Grundmann, Kiebel, Bretschneider und Feidler; vom Stadtverordnetenkollegium 14 Herren, entschuldigt fehlten die Herren Heldner, Schüke, Förster und Nigisch. Der Herr Bürgermeister begrüßte zunächst die Herren vom Stadtverordnetenkollegium und brachte ihnen im Namen des Rathskollegiums und im eigenen Namen die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zum neuen Jahre. Gott der Herr, wünschte der Herr Redner, möge mit ihnen und ihren Familien sein, sein reichster Segen möge auf ihrer Arbeit in Amt und Beruf und im häuslichen Dienste ruhen, Gesundheit, Glück und Zufriedenheit ihnen erhalten bleiben! In das Geschäftliche übergehend, bemerkte der Herr Redner vorerst, daß das letztverlossene Jahr ein ruhigeres und an Arbeitslast für das Stadtverordneten-Kollegium weniger drückendes gewesen sei, als seine Vorgänger, wünschon in der inneren Verwaltung, wie die Registratoranden ausweisen, wiederum eine erhebliche Steigerung der Thätigkeit der städtischen Beamten zu konstatieren sei, ein Zeichen, daß das pulstrende Leben, der Verkehr der Stadt keinen Abbruch erlitten habe. Auch stürmische Zeiten habe es im vergangenen Jahre gegeben und kurz vor der Jahreswende habe es geschehen, als hätten ernste Konflikte der Parteien bevor, aber und zur Freude Aller sei der alte gute Kern, der ja seit alter Zeit der Bürgerschaft inne wohne, mit Macht zum Durchbruch gekommen und alle Fehde sei schließlich noch im alten Jahre harmonisch ausgeklungen. Möge es immer so sein!

Der Herr Redner führte nun weiter aus, daß in den letzten sieben Jahren den Kollegien die städtischen Bauten am meisten zu schaffen gemacht hätten; diese seien jedoch nunmehr fast überwunden. Der Schlachthof, der Schlachthaus des großen Wertes der städtischen Reformation, werde am 1. April 1895 sicher in Betrieb gesetzt werden können und damit sei die letzte große Unternehmungsarbeit beendet. Seine, des Schlachthofs, finanzielle Seite werde keine unglückliche sein, doch fehle ihm zwar der Anschluß an das Bahngelände, aber die Möglichkeit, denselben zu schaffen, sei gegeben und mit der Verwirklichung derselben werde das ganze Unternehmen ein nicht nur für die Stadt, sondern auch für deren nähere und weitere Umgebung von eminenter Bedeutung sich gestaltendes werden. Die Kosten der Betriebsanlage würden erheblich nicht werden, am allerwenigsten bedürfte es dazu der Ausnahme einer Anleihe; aber die durch die Beschaffung der Betriebsmittel gewonnene Veranschaulichung der Einfuhr lebendigen ausländischen Schwarzwieses werde die Schlachthausanlage nicht nur zu einer sich verzinsenden, sondern auch zu einer gewinnbringenden gestalten und der Gewinn werde und dabei von auswärts in die Stadt heringetragen. — Die sonst für 1895 in Aussicht genommenen städtischen Bauten gehörten zur Kategorie der untergeordneten; es seien dies in der Hauptsache die Beseitigung der Wasserlammeln der unteren Schützen- und Waggstraße durch deren Beschleunigung und Herstellung eines Sammelbassin, die Pflasterung der Straße vor dem Rathhause und einige Fußwegsanlagen. Die evangelische Kirchengemeinde habe mit der Ausführung ihres großen Projekts der Erbauung einer neuen Kirche auf dem von der Stadt ihr zum größten Theile geschenkten Platze noch nicht begonnen. Wie in den letzten